

Mit mutigen Visionen die Kräfte des Landes wecken – Unser Weg für Baden-Württemberg

Unser Baden-Württemberg ist einer der Motoren der gesamten Bundesrepublik. Weltweit bestaunt man den Wirtschaftsstandort, den unser Land bietet. Baden-Württemberg steht für Innovation, Fortschritt und Erfolg.

Jedoch dürfen wir uns nicht auf den Erfolgen vergangener Tage ausruhen. Es gilt vielmehr, unseren Stellenwert innerhalb Deutschlands, Europas und der ganzen Welt weiterhin zu festigen. Dies geschieht nicht mit bloßem Verwalten. Dafür brauchen wir Elan, Schaffenskraft und eine Person an der Spitze, die Probleme an der Wurzel packt, anstatt sie auszusitzen – Eine Ministerpräsidentin, welche sich nicht auf Erfolgen vergangener Tage ausruht, sondern die unserem Ländle neuen Schwung verleiht.

Unsere Wirtschaft entfesseln und Innovationen fördern

Baden-Württemberg ist einer der entscheidenden Wirtschaftsmotoren der gesamten Bundesrepublik. Wir können stolz auf die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe sein, welche das Herz unserer Wirtschaft ausmachen. Zudem haben wir eine beachtliche Dichte von Global Playern in unserem Land. Damit dies so bleibt, müssen wir den Unternehmen mit frischen Anreizen die besten Voraussetzungen in unserem Land schaffen.

Deshalb fordern wir, das Anbindungsgebot für Gewerbegebiete abzuschaffen. Gewerbegebiete sind in Baden-Württemberg derzeit nur an bereits bestehende Gebiete anzubinden. Dieser Zwang verhindert sinnvolle und verkehrsgünstige Gewerbebestandorte, welche Anwohner nicht stören und für die Unternehmer eine sinnvolle Anbindung darstellen. Zudem fordern wir, dass Gewerbegebiete kommunal oder interkommunal bevorratet werden. Dem Flächenbedarf unserer Industrie und unserer Bevölkerung muss Rechnung getragen werden. Im Grundsatz gilt für uns Innenentwicklung vor Außenentwicklung, ein dogmatisches Festhalten am Ziel der Netto-Null beim Flächenverbrauch halten wir für falsch. Die Wiedereinführung der Grundsteuer C halten wir in diesem Zusammenhang für ein weiteres geeignetes Instrument.

Verkehrsinfrastruktur ist der Grundstein für unseren Wohlstand. Stau auf den Straßen und Verspätungen auf der Schiene sind ein Ärgernis und verursachen hohe Kosten. Wir fordern daher eine Großoffensive für Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei wollen wir nicht aus ideologischen Gründen einen Verkehrsträger bevorzugen. Für uns gilt: Straße, Schiene und Wasserstraße! Seitens des Landes müssen daher ausreichend Planungskapazitäten geschaffen werden und dann auch ausgewogen eingesetzt werden und Planungsverfahren vereinfacht werden. Um den ÖPNV für Pendler attraktiver zu gestalten, müssen Anschlüsse erreichbar sein. Regionale Verkehrsanbieter müssen dabei zusammenarbeiten. Zudem muss das Ziel sein, einen landeseinheitlichen Verkehrsverbund zu schaffen. Insbesondere erkennen wir die urbane Logistik und die Lieferung auf der letzten Meile als zentrale Herausforderung im Güterverkehr an. Wir fordern daher gesonderte Planungskapazitäten dafür bereitzustellen.

Auch unser Gründerwesen müssen wir nachhaltig stärken, wollen wir auch in Zukunft das Innovationsland Nummer 1 bleiben. Deshalb fordern wir einen Gründerfonds des Landes

42 mit einem Mindestvolumen von einer Milliarde Euro, mit dem Gründer bei der
43 Kapitalbeschaffung unterstützt werden. Ein Anteil der Gelder des Gründerfonds sollen
44 bevorzugt an Kriterien der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes gekoppelt sein, um
45 besonders zukunftsorientierte Start-Ups gezielt zu unterstützen und einen Anreiz zu bieten,
46 möglichst klimaneutral zu wirtschaften. Zudem müssen bereits Schülerinnen und Schüler an
47 das Gründerwesen herangeführt werden. Deshalb fordern wir das Fach „Wirtschaft“ an allen
48 weiterführenden Schulen im Land. Aber gerade auch kleine Handwerksunternehmen vor
49 Ort stehen häufig ohne Nachfolge da. Wir fordern daher die Berufs- und Meisterausbildung
50 stärker zu fördern und ihr eine höhere Bedeutung zukommen zu lassen. Somit stellen wir
51 sicher, dass wir auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte im Land haben, welche die Betriebe
52 fortführen und weiterentwickeln können.

53 Kleine Läden der Nahversorgung, sogenannte „Tante-Emma-Läden“, sind gerade für kleine
54 Orte in ländlichen Regionen ein wichtiger Standortfaktor. Sie sorgen für eine
55 Grundversorgung vor Ort, sind aber im Vergleich zu den großen Mitbewerbern nicht
56 rentabel und verschwinden immer mehr von der Bildfläche. Wir fordern daher eine
57 finanzielle Unterstützung für entsprechende Konzepte der Nahversorgung in diesen
58 Bereichen.

59 Seit den 80ern hat sich mit den Grünen eine Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit etabliert.
60 Die Pandemie zeigt uns, dass das Gegenteil gefordert ist. Forschungs- und
61 Unternehmenscluster in den Bereich der Medizintechnik, der Bioinformatik, der Pharmazie,
62 der künstlichen Intelligenz, der Wasserstofftechnologie sowie anderer
63 Zukunftstechnologien müssen stärker forciert werden. Nur so können Abhängigkeiten von
64 einzelnen Branchen reduziert werden. Verbunden damit müssen Initiativen Baden-
65 Württembergs auf Bundes- und europäischer Ebene sein, die die Überregulierung dieser
66 Branchen beendet.

67 **Synergie von Wirtschaft mit Umwelt- und Klimaschutz**

68 Die Möglichkeiten unserer Zeit erlauben es, eine prosperierende Wirtschaft mit effektivem
69 Umwelt- und Klimaschutz zu verbinden. Es liegt dabei in unserer Verantwortung, ein
70 Konzept zu entwickeln, welches die aktuellen Chancen nutzt und alle drei Komponenten in
71 nachhaltige Synergie bringt. So fordern wir einen Siedlungsfonds für Umweltschutz. Das
72 Land soll eine Milliarde Euro bereitstellen, damit Gemeinden Anreize erhalten, Brachstellen
73 aufzuwerten und Biodiversität zu bewahren. Zudem soll eine Symbiose von
74 Gewerbetreibenden und Energieunternehmen geschaffen werden, um Gebäude von
75 Gewerbetreibenden für Photovoltaikanlagen zu nutzen. Durch attraktive Anreize, wie den
76 Direktverbrauch des erzeugten Stroms oder steuerbegünstigte Beteiligungsmodelle, soll
77 dabei eine Win-Win-Situation für Gewerbetreibende und Energieunternehmen geschaffen
78 werden. Baden-Württemberg ist Automobilland und Flächenland. Wir müssen Vorreiter
79 sein, wenn es darum geht, den Individualverkehr nachhaltig sowie umwelt- und
80 klimafreundlich zu machen. Dies gilt es, seitens der Politik technologieoffen zu begleiten.
81 Eine einseitige Konzentration auf batteriegetriebene Elektromobilität lehnen wir ab.
82 Anstatt dessen soll das Land technologieoffen verschiedene umweltfreundliche und
83 nachhaltige Antriebsmöglichkeiten erforschen, fördern und politisch unterstützen. Zudem
84 muss die Ladeinfrastruktur in allen entsprechenden Bereichen noch stärker ausgebaut

85 werden. Wir fordern daher an zwei Universitäten im Land Zentren hierfür zu gründen welche
86 in Kooperation mit der Automobilwirtschaft, sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie an der
87 Entwicklung zukünftiger Antriebstechnologien arbeiten.

88 **Naturschutz und Landwirtschaft verbinden**

89 Die Landwirtschaft sichert unsere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und stellt
90 zugleich den Erhalt unserer Kulturlandschaft sicher. Der Schutz wildlebender Tier- und
91 Pflanzenarten und ihrer natürlichen Lebensräume ist immer weiter gefassten
92 Bevölkerungskreisen ein wichtiges Anliegen. Die JU setzt sich dafür ein, dass Landwirtschaft
93 und Naturschutz auch künftig zusammengedacht werden. Beides geht Hand in Hand. Hier
94 ist 2020 mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz (BiodivStärkG) ein wichtiger Grundstein in
95 BW gelegt worden. Jedoch sollten künftig, gemeinsame Ziele von Landwirtschaft und
96 Naturschutz immer am Bedarf orientiert sein. Es kann nicht unser Anliegen sein, die
97 kleinstrukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg aufgrund von willkürlichen
98 Prozentsätzen aufs Spiel zu setzen. Mit willkürlichen Vorgaben ist dem konventionellen,
99 aber auch dem ökologischen Landwirt nicht geholfen, wenn es hierfür keinen Absatz gibt.
100 Alle Maßnahmen für mehr Natur- und Artenschutz dürfen nicht zu Lasten der
101 Landwirtschaft gehen, denn gerade diese betreibt Natur- und Artenschutz. Wie wichtig
102 schlussendlich die Landwirtschaft für unsere Ernährungssicherung ist, hat die Corona-
103 Pandemie ausdrücklich gezeigt.“

104 **Wir dürfen digital nicht abgehängt werden**

105 Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft fundamental. Für Baden-
106 Württemberg wird es von zentraler Bedeutung sein, wie schnell die Digitalisierung unsere
107 Industrie durchdringt und wie sich Produktivität, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit
108 der Branchen verändern.

109 Um in der Digitalisierung nicht das Nachsehen zu haben, brauchen wir die neuesten
110 Technologien. Wir erkennen, dass Teile der Bevölkerung aufgrund von teils kruden
111 Verschwörungstheorien große Bedenken gegenüber 5G haben. Deshalb fordern wir eine
112 neutrale Aufklärung des Landes über die Auswirkungen von 5G. Hierbei soll erklärt werden,
113 welche Bedeutung 5G für unsere Zukunft hat. Zudem fordern wir, dass Landesflächen für
114 den Ausbau von 5G-Masten herangezogen werden.

115 Gleichzeitig muss jedes Gebäude eine Anschlussmöglichkeit für schnelles Internet im Sinne
116 von Glasfaser haben. In der heutigen Zeit ist der Zugang zu schnellem und stabilem Internet
117 essentiell. Entsprechende Fördermittel hierfür sind vom Land bereitzustellen. Ziel muss
118 Glasfaser als Standard sein. Der Ausbau von Glasfaser ist für uns daher eine Frage der
119 Daseinsvorsorge. In Regionen, in denen es für privatwirtschaftliche Betreiber nicht lukrativ
120 ist, ein Glasfasernetz aufzubauen, ist es am Staat, diese Infrastruktur zu schaffen. Dies kann
121 durch PPP-Programme, der Koppelung von Zuschüssen an den Ausbau in weniger lukrativen
122 Gebieten oder durch eine eigene Netzbetreibergesellschaft erfolgen.
123 Immobilieneigentümer sollen ab dem Jahr 2025 einen gesetzlichen Anspruch auf Anschluss
124 ihrer Immobilie an das Glasfasernetz haben.

125 Mit dem digitalen Wandel verändern sich auch die Anforderungen, die sich im Beruf und
126 Alltag an jeden Einzelnen stellen. Lebenslanges Lernen heißt, die persönliche Bereitschaft,
127 sich veränderten Bedingungen in allen Lebensbereichen zu stellen, neugierig zu bleiben und
128 aktiv das persönliche und gesellschaftliche Umfeld mitzugestalten. Mit der Gründung des
129 Bündnisses für Lebenslanges Lernen im Jahr 2011 wurde der Grundstein für eine positive
130 Entwicklung in diesem Bereich gelegt. Mit der Fortschreibung des Weiterbildungspaketes
131 durch die Vereinbarung „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ wurden die Weichen für die
132 kommende Legislaturperiode gelegt. Trotzdem findet das Thema in der Wahrnehmung der
133 Menschen nur bedingt statt. Wir fordern daher eine breit angelegte Informationskampagne
134 zur Notwendigkeit lebenslangen Lernens sowie zu den bestehenden Möglichkeiten und
135 Angeboten. Hier muss das Land voran gehen und Schritt für Schritt, in allen Ebenen vom
136 Land bis in die Kommune, die Verwaltung um digitale und virtuelle Prozesse ergänzen. Dies
137 erreichen wir nur durch die Schaffung technischer Grundlagen, die Anpassung rechtlicher
138 Regelungen und die entsprechende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

139

Mehr Sicherheit und Schutz für Bevölkerung und Polizei

140 Es gibt keine andere Partei, die mehr für die Sicherheit der Menschen in unserem Land steht.
141 In der Vergangenheit haben sich „Sicherheitspartnerschaften“ wie in Freiburg oder
142 Heidelberg als gutes Mittel erwiesen, um Gemeinden zu entlasten und das
143 Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu stärken. Daher fordern
144 wir, dass die Sicherheitspartnerschaften mit Städten und Gemeinden weitergeführt und
145 ausgeweitet werden. In Städten mit erhöhtem Kriminalitätsaufkommen helfen diese
146 Sicherheitspartnerschaften und verbessern die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der
147 Bürger erheblich. Bei Einführung von kommunalen Ordnungsdiensten ist es dringend
148 geboten, für ganz Baden-Württemberg einheitlichere Rechtsvorschriften zu erlassen, damit
149 kein Flickenteppich der Beschränkungen und Befugnisse des kommunalen Ordnungsdienstes
150 entsteht. Sicherheitspartnerschaften sind gegenüber dem kommunalen Ordnungsdienst die
151 zu bevorzugende Lösung, wenn es um die Bewältigung polizeilicher Aufgaben geht. Dabei
152 ist es von großer Wichtigkeit, den Freiwilligen Polizeidienst zu reformieren. Hierfür fordern
153 wir die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, welche einen konkreten Plan zum
154 neuen Freiwilligen Polizeidienst erarbeitet.

155 Gleichzeitig wollen wir die Polizistinnen und Polizisten, welche täglich buchstäblich den
156 Kopf für unsere Sicherheit und Freiheit hinhalten, weiter schützen und ihnen die nötige
157 Ausrüstung an die Hand geben. Wir sehen mit dem Elektroimpulsgerät die Möglichkeit einer
158 zusätzliche Handlungsoption für Polizisten, denen sonst nur der Einsatz der Schusswaffe
159 übrigbliebe. Eine entsprechende Rechtsgrundlage muss geschaffen werden und die
160 Einsatztauglichkeit in einer Machbarkeitsstudie der Polizei untersucht und anschließend
161 außerpolizeilich validiert werden. Hierfür braucht es eine Ergänzung der VwV PolG BW zu
162 den Vorgaben bezüglich der Verwendung und des Umgangs mit dem Elektroimpulsgerät.

163 Mit Bedauern stellen wir fest, dass sowohl Links- als auch Rechtsextremismus in
164 Deutschland weiterhin Zuwachs findet. Daher fordern wir, die Bekämpfung des Rechts- und
165 Linksextremismus gleichermaßen noch intensiver zu stärken und zu fördern. Zudem fordern
166 wir, dass Bewerber für kritische Bereiche des Öffentlichen Dienstes noch stärker auf
167 Verfassungstreue durchleuchtet werden. Somit verhindern wir, dass sowohl Links- als auch

168 Rechtsextreme in entsprechende Ämter gelangen. Zudem muss es mehr Aufklärung zu den
169 Gefahren des Linksextremismus geben. Besonders im schulischen Rahmen sollte mehr
170 Aufklärungsarbeit geleistet werden, da besonders junge Menschen auf der Suche nach
171 Orientierung sich radikalisieren. Solche aufklärenden Programme könnten mit
172 Szeneaussteigern und Experten zusammenarbeiten, um den Jugendlichen das Problem des
173 Extremismus greifbar zu machen.

174 Gleiches gilt für religiösen Extremismus. Als Junge Union Baden-Württemberg stehen wir
175 zur Religionsfreiheit, die fest in unserem Grundgesetz verankert ist. Jeder Mensch darf seine
176 Religion frei ausüben, auf Basis der Werte des Grundgesetzes. Dennoch ist es wichtig, dass
177 sich auch religiöse Institutionen, Vereine und Verbände zu unserem Grundgesetz bekennen.
178 Daher fordern wir einen sofortigen Stopp der Zusammenarbeit zwischen Baden-
179 Württemberg und Ditib, sowie allen anderen radikal islamistischen, vom Ausland
180 gesteuerten Vereinen. Wir erheben diese Forderung, da ausgeprägte Zweifel an der
181 Unabhängigkeit der DITIB von der immer stärker autokratisch agierenden türkischen
182 Regierung sowie der türkischen Religionsbehörde diyanet bestehen. Eine Abhängigkeit der
183 Ditib zeichnet mit Blick auf Organisation, Personal und Finanzierung ab und spiegelt sich in
184 äußert problematischen Handlungen, wie etwa Freitagsgebeten zur Unterstützung der
185 völkerrechtlichen Besetzung von Teilen Syriens durch die Türkei wider. Des Weiteren
186 fordern wir ein Verbot der Grauen Wölfe. Diese türkisch-nationalistische Bewegung weist
187 einen offen rechtsextremistischen Charakter auf und schürt Hass gegenüber ethnischen
188 Minderheiten wie den Armeniern und Kurden.

189 Daraus folgt ebenso, dass Unterricht, in deutscher Sprache erfolgen soll. Integration gelingt
190 vor allem dann, wenn wir uns ohne Hindernisse verständigen können. Ebenso halten wir es
191 für wichtig, dass der Islamische Religionsunterricht, ebenso wie es der christliche
192 Religionsunterricht schon macht, die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen
193 Glauben ausweitet.

194 **Cyberkriminalität effektiv bekämpfen**

195 Die Digitalisierung bereichert unsere Welt. Sie vernetzt, vereinfacht und bietet den
196 Menschen in unserem Land deutlich mehr Möglichkeiten. Dennoch erkennen wir auch die
197 Gefahren der Digitalisierung – die wachsende Cyberkriminalität in unserem Land. Um dieser
198 neuen Kriminalität entschlossen entgegenzutreten, fordern wir das Land Baden-
199 Württemberg auf, eine großflächige Kampagne zu starten, die die Bürgerinnen und Bürger
200 zu vermehrten Anzeigen bei Kontakt mit Cyberkriminalität aufruft. Nur wenn wir die
201 Straftaten kennen, können wir gegen sie vorgehen. Auch Verbrechen im Netz dürfen nicht
202 ungestraft bleiben. Zudem fordern wir eine zentrale Anlaufstelle für Cyberkriminalität.
203 Diese beschäftigt sich ausschließlich mit Verbrechen dieser Art und bietet somit den
204 Menschen in unserem Land einen kompetenten Ansprechpartner, der sich zügig mit der
205 Aufklärung beschäftigen kann. Auch dezentral wollen wir Beamte regelmäßig schulen, um
206 eine höhere Aufklärungsrate bei Cyberkriminalität zu erreichen.

207 **Abschiebeprozesse schneller gestalten**

208 Noch immer scheitert die Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge oftmals an zu viel
209 Bürokratie oder der fehlenden Konsequenz im Gesetzbuch. Wir fordern daher

210 Abschiebungen in Zukunft schneller zu gestalten und die Maghreb-Staaten als sichere
211 Herkunfts-Länder anzuerkennen. Dort müssen Anlandeplattformen und Ankunftscentren
212 eingerichtet werden, um Asylansprüche vor Ort zu prüfen und nichtberechtigte Migranten
213 abzuweisen. Illegale Migration muss schon vor dem Erreichen der EU gestoppt werden, um
214 das Sterben im Mittelmeer zu beenden und überfüllte Flüchtlingslager auf europäischem
215 Boden zu verhindern. Im Kampf gegen illegale Migration steht Deutschland an der Seite
216 Österreichs und anderer Staaten, die diese Position seit langem vertreten. Die
217 Landesregierung muss sich hierfür mit Nachdruck im Bundesrat einsetzen und
218 verdeutlichen, dass zu einem humanitären Asylrecht, das an Leib und Leben bedrohten
219 Menschen Schutz in unserem Land gewährt, insbesondere auch die Rückkehr in das
220 Heimatland nach Wegfall des Asylgrundes sowie die unverzügliche Rückführung von nicht-
221 asylberechtigter Personen gehört. Nur mit der konsequenten Abschiebung nicht-
222 asylberechtigter Personen können wir Asyl für Menschen in echter Not gewährleisten. Eine
223 Abschiebung muss unabhängig vom Herkunftsland für Gefährdeter möglich sein.

224
225 Zudem fordern wir eine bundesweite Kommission „Clankriminalität“, in der sich
226 Bundesländer über akute Gefahren und Situationen austauschen und vernetzen können.
227 Föderalismus darf kein Hindernis bei der Bekämpfung von Clankriminalität in Deutschland
228 sein. Das Land Baden-Württemberg muss aktiver bei der Bekämpfung von Clan-Kriminalität
229 werden. In einem ersten Schritt soll ein Lagebild ähnlich dessen in NRW „Clankriminalität in
230 Nordrhein-Westfalen 2019“, angefertigt werden. Daraus müssen anschließend effektive
231 Maßnahmen abgeleitet werden, um die Clankriminalität in Baden-Württemberg zu
232 bekämpfen. Hierbei kann das Vorgehen des Landes NRW, die Strategie der „kleinen
233 Nadelstiche“, als Vorbild dienen. In diesem Zusammenhang müssen auch
234 Vermögensabschöpfungen verstärkt vorangetrieben werden.

235 **Das Ehrenamt muss weiterhin an Stellenwert gewinnen**

236 Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Nicht erst während der Corona-Pandemie
237 zeigten sich die unzähligen Vorteile des Ehrenamts. Umso wichtiger ist es, diesen
238 Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens auch weiterhin zu stärken.
239 Besonders junge Menschen wollen wir fördern und motivieren, ein Ehrenamt zu bekleiden.
240 Deshalb fordern wir Sozialpunkte für Schüler, welche sich ehrenamtlich engagieren. Diese
241 Sozialpunkte sollen von der Schule im Zeugnis gewürdigt werden. Darüber hinaus können
242 Anreize für ehrenamtlich Tätige beispielsweise im Bereich von Vergünstigungen im ÖPNV
243 geschaffen werden.

244 Gemeinnützige Vereine wie Sport-, Musik-, Kultur- und Heimatvereine prägen in vielfältiger
245 Art und Weise das ehrenamtliche Engagement in Baden-Württemberg. In der heutigen Zeit
246 haben sie alle immer mehr das Problem Mitglieder zu finden, die sich aktiv einbringen.
247 Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen verschiebt sich der Fokus vermehrt auf
248 Berufsleben, Ausbildung oder Karriere, wodurch sich die Vereinslandschaft immer mehr
249 ausdünnert. Neben der Gewinnung neuer Mitglieder durch das Sozialpunktsystem wollen wir
250 weitere Anreize schaffen. Diese müssen sowohl einen Bürokratieabbau sowie ein gezieltes
251 Fördersystem der Vereinslandschaft mit sich bringen.

252 Ein besonderes Augenmerk muss auf das Ehrenamt in Blaulichtorganisationen gelegt
253 werden, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land
254 zu gewährleisten. Daher fordern wir eine attraktive Ausfallpauschale für Arbeitgeber,
255 welche Ausfälle durch einen Einsatz ihrer ehrenamtlich tätigen Arbeitskräfte haben.
256 Gleichzeitig erkennen wir, dass Freiwillige Feuerwehren in ländlichen Regionen meist lange
257 Wege zu der Einsatzzentrale und dem Einsatzort haben. Wir fordern in ländlichen Regionen,
258 in denen die Freiwillige Feuerwehr das Gebiet nicht zuverlässig abdecken kann, ein
259 Landesprogramm zur Unterstützung dieser Feuerwehren durch hauptamtliche Kräfte, die
260 z.B. in anderer Funktion bereits bei der Gemeinde arbeiten. Im Zuge dessen sollte bei der
261 Besetzung von kommunalen Stellen eine Betätigung bei der Freiwilligen Feuerwehr
262 berücksichtigt werden. Die Sicherstellung des Brandschutzes ist Aufgabe der Kommunen.
263 Aufgrund der immer größer werdenden Anforderungen an die Feuerwehren muss seitens
264 des Landes eine grundlegende Überarbeitung der Finanzierung der Feuerwehren
265 ausgearbeitet werden. Zudem wollen wir eine landesweit gültige Ehrenamtskarte einführen.
266 Hierzu müssen wir auch den Dialog mit örtlichen Freizeitparks und anderen Ausflugsstätten
267 aufnehmen. Diesen Ehrenamtspass kann man ähnlich dem bereits bestehenden Juleica
268 gestalten werden. Die Angebote für Juleica Inhaber sollten, ebenfalls in Zusammenarbeit mit
269 den Kommunen, weiterhin ausgeweitet werden.

270 Zur finanziellen Entlastung der ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen fordern wir die
271 Anpassung der Finanzierung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes sowie die
272 Schaffung diverser Förderprogramme, um die Arbeit der Ehrenamtlichen zu fördern und die
273 Organisationen vor Ort zu entlasten.

274 **Ideologiefreie Bildung weiter ausbauen – Hand in Hand mit der Digitalisierung**

275 Die letzte Legislaturperiode hat die Qualität der Bildung wieder an erste Stelle gesetzt. Dies
276 war nach fünf Jahren grün-roter Ideologien, Experimenten und Träumereien auch dringend
277 nötig. Deshalb wollen wir uns auch weiterhin zum Notensystem im Unterricht bekennen.
278 Ein ehrliches Feedback an die Schülerinnen und Schüler darf nicht verloren gehen. Dieses
279 Feedback ist auch für die Jahrgangsstufen in unseren Schulen wichtig. Daher wollen wir die
280 landesweiten Vergleichsarbeiten wieder einführen. Mit einem neuen System, welches
281 unterdurchschnittliche Leistungen der Schüler erfasst, können betroffene Schulen dann
282 gezielt gefördert werden. Zudem setzen wir uns für die Wiedereinführung der
283 Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ein – das Aussetzen dieser Empfehlung hat für
284 großes Chaos gesorgt. Wir erkennen zudem, dass das Konzept der Gesamtschule
285 gescheitert ist. Wir wollen keine neuen Gemeinschaftsschulen errichten und setzen uns für
286 beste individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ein. Qualitätsdebatten
287 ersetzen Strukturdebatten. Gleichwohl muss die Dezentralität von Grundschulen weiterhin
288 gewährleistet sein. Hierbei gilt für uns unentwegt das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“.
289 Damit Kommunen diese kleinen Schulen mit dezentralen Standorten dauerhaft betreiben
290 können, sind seitens des Landes entsprechende Finanzierungspakete notwendig. Um das
291 Berufsbild Lehrer auch für nicht-beamtete Lehrer attraktiver zu gestalten, darf es nicht sein,
292 dass diese Lehrkräfte während den Sommerferien arbeitslos werden.

293 Ebenso müssen wieder klare und konkrete Leistungsstandards im Bildungsplan für den
294 Erhalt von Abschlüssen oder die Einschulung verankert sein. Daher fordern wir verbindliche

295 Förderprogramme für Vorschulkinder, welche nicht ausreichend Deutsch sprechen. Zudem
296 darf es keinen Schulabschluss für Schüler geben, welche Grundkenntnisse der Mathematik
297 oder der Rechtschreibung nicht beherrschen. Ausnahmeregelungen sollen für Schüler mit
298 einer nachweislichen Lernbehinderung, z.B. Lese-Rechtschreibschwäche, getroffen werden.
299 Außerdem muss es zwingende Klassenwiederholungen geben, sollte ein Schüler eine
300 gewisse Anzahl an unentschuldigten Fehlstunden haben. Insgesamt sollte der zukünftige
301 Bildungsplan einen ebenso großen Fokus auf den Erwerb von Wissen legen, wie auf den
302 Erwerb von Kompetenzen. Zusätzlich fordern wir ein jährlich verpflichtendes Praktikum für
303 Schülerinnen und Schüler ab dem 8. Schuljahr. Dieses findet während der Schulzeit statt und
304 lehrt den Schüler bereits früh Abläufe in der heutigen Arbeitswelt.

305 Als Junge Union erreicht uns oftmals Unmut über die Ausgestaltung des
306 Landesschülerbeirats. Zuerst sollten wir die mangelnde Transparenz dieses Beirats deutlich
307 verbessern. Zudem muss der Wahlprozess des Landesschülerbeirats den digitalen
308 Möglichkeiten angepasst und das aktive und passive Wahlrecht für den Landesschülerbeirat
309 auf alle Schüler erweitert werden.

310 Die Digitalisierung muss endlich in unserem Bildungssystem ankommen. Daher fordern wir
311 eine Glasfaserversorgung aller Schulen bis 2023. Zudem muss es an jeder Schule eine
312 interne Cloud geben, in der Unterrichtsinhalte gestaltet, geteilt und archiviert werden.
313 Digitalisierung darf zu keiner sozialen Frage verkommen. Daher sollten Endgeräte für jeden
314 Schüler, um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können, je nach Einkommen der Eltern
315 vom Land bezuschusst oder bereitgestellt werden. Jedoch reicht es nicht, nur die Schulen fit
316 für das digitale Zeitalter zu machen. Auch die Lehrkräfte in unserem Land müssen digitale
317 Prozesse verstehen und lehren können. Ebenfalls sollen den Lehrkräften digitale Endgeräte
318 zur Verfügung gestellt werden, sodass diese aktuell und kompatibel sind. Deshalb fordern
319 wir verpflichtende Weiterbildungen für alle Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit
320 neuesten Techniken und Medien, die in der Schule zum Einsatz kommen. Auch zukünftige
321 Lehrkräfte müssen intensiver auf die Digitalisierung in der Schule vorbereitet werden.
322 Deshalb fordern wir den zukünftigen Lehrkräften die Digitalisierungskompetenzen
323 studienbegleitend zu vermitteln. Außerdem sollte ein IT-Techniker jeder Schule zur
324 Verfügung stehen, welcher kein Lehrer ist. Dieser steht bei Problemen und Fragen rund um
325 die technische Ausstattung der Schule zur Verfügung. Zudem muss das Fach „Informatik“
326 weiter ausgebaut werden.

327 Des Weiteren muss eine landesweite Lernplattform für alle Schulen möglichst rasch
328 bereitgestellt werden. Gerade das „Homeschooling“ während der Zeit des Lockdowns hat
329 die Notwendigkeit stabiler und rechtssicherer Kommunikationswege zwischen Lehrern und
330 Schülern aufgezeigt. Wir möchten vermeiden, dass jede Schule eigenständig ein solches
331 System etablieren und betreuen muss. Außerdem sollen im Auftrag des Kultusministeriums
332 hochwertige Angebote zur Wiederholung von Unterrichtsinhalten, zum Beispiel in Form von
333 aufgezeichnetem Unterricht bzw. erklärenden Videos, einmalig produziert und auf einer für
334 alle Schüler in Baden-Württemberg zugänglichen Lernplattform bereitgestellt werden.
335 Hiermit könnten Schüler sich Unterrichtsinhalte bei Verständnislücken unkompliziert ein
336 weiteres Mal ansehen bzw. erklären lassen. Ein solches Angebot würde es Schülern auch
337 deutlich vereinfachen, krankheitsbedingt verpassten Unterricht aufzuarbeiten - und zudem
338 einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Hierdurch bekämen gerade Schüler, die

339 zuhause wenig Unterstützung erfahren können, eine gute Gelegenheit, eine zweite
340 Erklärung der Lerninhalte zu erhalten. Die Nachfrage nach Nachhilfeangeboten im Internet
341 zeigt, dass viele Schüler gerne solche Formate nutzen.

342 **Kommunen als das Herz unseres Landes weiter stärken**

343 In den Kommunen findet das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger statt. Dort sind
344 politische Entscheidungen am deutlichsten spürbar. In Baden-Württemberg erfreuen sich
345 unsere Kommunen einer besonderen Freiheit. Diese Selbstverwaltung soll auch in Zukunft
346 erhalten bleiben. Zudem müssen die gesetzlichen Anforderungen bei kommunalen
347 Pflichtaufgaben wie der Flexibilisierung der Gruppengrößen in Kitas oder auch dem
348 Denkmalschutz, reduziert werden.

349 Die Corona-Pandemie hat auch unsere Kommunen schwer getroffen. Deshalb fordern wir
350 Investitionsfonds des Landes für kommunale Investitionen in Gebäuden (wie Schulen oder
351 Feuerwehren). Zudem brauchen wir eine Lockerung der Vorschriften des neuen
352 kommunalen Haushaltsrechts befristet zum 31.12.2023. Dies sollte unter anderem die
353 Erwirtschaftung der Abschreibung und die 3-Jahres-Ausgleichsfrist für den
354 Ergebnishaushalt betreffen. Ebenso zeigte die Pandemie deutlich auf, dass auch die
355 Verwaltung vor Ort digitalisiert werden muss. Das Serviceangebot muss in dieser Hinsicht
356 deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen wir in der Gemeindeordnung eine digitale
357 Gremienarbeit ermöglichen.

358 Um unsere Gemeinden und Kommunen auch weiterhin attraktiv zu halten, müssen wir vor
359 allem den Schienenausbau im ländlichen Raum stärken. Zudem sollen Ausschreibungen im
360 ÖPNV mit höheren Fördergeldern versehen werden, wenn diese ein Angebot zur
361 Fahrradmitnahme enthalten. Insgesamt benötigen die Kommunen Förderungen für
362 regionale und überregionale Fahrradwege. Hier sehen wir noch großes
363 Verbesserungspotential. Dabei darf ein Feldweg nicht durch einen Fahrradweg ersetzt
364 werden. Landwirtschaftlich genutzte Feldwege müssen weiterhin für die Landwirtschaft
365 nutzbar und als solche ausgeschildert bleiben. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine
366 Überarbeitung des Landeswaldgesetzes im Hinblick auf die Nutzung von Waldwegen nach
367 hessischem Vorbild aus. Nichtsdestotrotz dürfen wir vor allem in ländlichen Gebieten den
368 Individualverkehr nicht vernachlässigen. Dies gilt für die vielen Kreisstraßen, welche
369 Gemeinden verbinden.

370 Wir erkennen, dass die Attraktivität kleiner Gemeinden für den gehobenen
371 Verwaltungsdienst gesteigert werden muss. Große Städte in Baden-Württemberg bieten
372 den Bewerbern oft höher besoldete Stellen als das Eingangsamt A9 an, um einen schnellen
373 Aufstieg zu ermöglichen. In kleineren Gemeinden gibt es deutlich schlechter bewertete
374 Stellen und ein schnelles Aufsteigen in den Besoldungsgruppen ist schwerer. Das muss sich
375 ändern, um auch kleinere Gemeinden als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Für die tariflich
376 Angestellten sollen ähnliche Maßnahmen getroffen werden.

377 Zudem brauchen wir die Schaffung von kommunalen Behindertenbeauftragten ab einer
378 Gemeindegröße von 20.000 Einwohnern oder vergleichbare Gremien zum Thema
379 Barrierefreiheit, welche die Situation vor Ort analysieren und gemeinsam mit den
380 Kommunen die Bedingungen vor Ort nachhaltig verbessern. Bei den vielen Forderungen

381 und Vorgaben des Landes oder anderer übergeordneter Ebenen dürfen wir die
382 Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit nicht aus den Augen verlieren. Viel zu oft sind die
383 Betroffenen am Ende der Forderungskette die Leidtragenden und müssen bei häufig engen
384 Haushalten noch Gelder für die tatsächliche Umsetzung frei machen.

385 **Gesundheitswesen durch dessen Weiterentwicklung fördern**

386 Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns deutlich aufgezeigt, dass wir in Deutschland stolz
387 auf unser Gesundheitssystem sein können. Dennoch sehen wir vor allem im Bereich Pflege
388 deutlichen Verbesserungsbedarf, sowohl personell als auch finanziell bedarf es einer
389 Stärkung. Wir begrüßen die Einrichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg und
390 fordern zusätzlich die landesweite Angleichung der Curricula in den Berufsschulen. Dies
391 sorgt nicht nur für einen gleichen Standard, sondern auch für mehr Anerkennung der
392 Pflegeberufe. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit die Attraktivität des Berufsbilds
393 Pflege dauerhaft gesteigert werden kann. Hierbei geht es beispielsweise um
394 Wochenendzuschläge, Zuschläge für den Bereitschaftsdienst oder Weihnachtsgeld.
395 Insbesondere die Faktoren Bezahlung und Arbeitsbelastung müssen dabei durch ein
396 Fachgremium untersucht werden.

397

398 Zudem fordern wir eine deutliche Erhöhung des Personals in den unteren
399 Verwaltungsbehörden, in den Bereichen in denen Hygiene- und Gesundheitskontrollen
400 wahrgenommen werden.

401 Ebenso brauchen wir auch weiterhin ein gutes Krankenhaussystem in Baden-Württemberg.
402 Damit die Standorte der neuen Krankenhäuser sinnvoll im ganzen Land verteilt sind, fordern
403 wir zentrale Planungsteams für Krankenhäuser – eine Grundversorgung muss auch in
404 ländlichen Gebieten sichergestellt werden. Des Weiteren müssen wir die Investitionskosten
405 für Krankenhäuser weiter anpassen. Nicht erst die Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig
406 eine gute und moderne Ausstattung unserer Krankenhäuser ist. Nicht zu vernachlässigen ist
407 hierbei auch das Personal in Krankenhäusern. Wir fordern adäquat vergütete
408 Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pflegepersonal in unseren Kliniken. Es darf nicht
409 vorkommen, dass deutsche Fachkräfte auswandern, weil sie in anderen Ländern bessere
410 Arbeitsbedingungen vorfinden. Für eine optimale Versorgung allerorts in Baden-
411 Württemberg fordern wir ein „Smart-Care“ für das Land. Dies sind mobile Einrichtungen mit
412 Ärzten und Pflegepersonal, welche den Ort wechseln können. Somit erreichen wir eine
413 mobile Versorgung an Orten, die derzeit noch nicht ausreichend an ärztliche Praxen
414 angeschlossen sind. Wir fordern außerdem die Ermöglichung von Telesprechstunden und
415 die Integration von Gesundheits- und Diagnoseapps in das Behandlungssystem.
416 Erfahrungen aus dem benachbarten Ausland zeigen, dass durch diese Ergänzungen eine
417 qualitativ hohe Versorgung und der Zugang zu Spezialisten gerade auch in Gebieten abseits
418 der großen Metropolen sichergestellt ist. Neben der medizinischen Versorgung in den
419 Krankenhäusern muss auch auf die Notfallversorgung durch die Rettungsdienste eine
420 besondere Aufmerksamkeit gelegt werden. Für eine adäquate Sicherstellung der
421 Versorgung von Notfallpatienten innerhalb der Hilfsfrist ist ein ausreichendes Budget
422 unumgänglich. Durch eine bessere Ausstattung an finanziellen Mitteln ist die Schaffung
423 zusätzlicher Standorte für Rettungswachen möglich, auch wenn man diese aus rein

424 wirtschaftlichen Aspekten nicht betreiben würde. Des Weiteren könnte durch eine bessere
425 Lohnzahlung und besseres Equipment die Attraktivität der Berufsgruppe gesteigert werden,
426 um Personalengpässe abzubauen.

427

428 Schlussendlich müssen wir auch die Forschung in Baden-Württemberg beschleunigen.
429 Hierzu fordern wir einen unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln und Verfahren, die
430 bestehenden Antragsverfahren müssen vereinfacht werden. Zusätzlich muss eine bessere
431 Bezahlung von Nachwuchsforschern möglich gemacht werden, damit diese nicht in die
432 Wirtschaft und auch nicht ins Ausland verschwinden. Synergien zwischen den
433 Universitäten sollten unbedingt gefördert werden, um Deutschlands Forschungslandschaft
434 im internationalen Wettbewerb zu stärken.